

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr.
19.09.2007

Behm weist Mittelkürzungen bei der Sorbenförderung zurück

Bundesregierung zur Zukunft der Sorbenförderung befragt

Massive Kritik hat heute die Brandenburger Bundestagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cornelia Behm, an der Minderheitenpolitik der Bundesregierung geübt. Anlass war eine Kleine Anfrage zur Zukunft der Sorbenförderung, die die Abgeordnete heute an die Bundesregierung gerichtet hat.

"Die geplanten Mittelkürzungen für die Lausitzer Sorben lehnen wir entschieden ab. Der Bund darf sich bei der Unterstützung sorbischer/wendischer Kultur, insbesondere der Sprachförderung, nicht aus der Verantwortung stehlen. Die geplanten Absenkungen um 600.000 Euro und die Sperrung weiterer 2 Mio. Euro sind völlig indiskutabel."

Bund und Länder stehen in der im Grundgesetz festgeschriebenen Pflicht, nationale Minderheiten zu schützen. Dazu zählt ganz besonders die Bewahrung ihrer kulturellen Identität.

"Wenn der Bundesrechnungshof meint, der Bund sollte sich aus der Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk zurück ziehen, dann hat er den im Grundgesetz verbrieften Auftrag zum Schutz nationaler Minderheiten nicht verstanden."

Behm warf in diesem Zusammenhang auch der Brandenburger Landesregierung vor, die Sorben/Wenden in der Niederlausitz aufgeben zu wollen. Die Landesregierung plant parallel zum Bund ebenfalls 600.000 Euro weniger ab 2008 zur Verfügung zu stellen. "Diese Politik verwundert mich nicht im Geringsten. Wer den Sorben/Wenden den Boden unter den Dörfern wegbaggern lässt, kann sich dann auch weitere Ausgaben sparen."

Behm will in der Kleinen Anfrage von der Bundesregierung wissen, womit diese die massiven Kürzungen rechtfertigt, welche Unterstützung sie in den kommenden Jahren für die Sorben/Wenden plant und wie sie zu den Vorwürfen seitens des Bundesrechnungshofes bezüglich der Fördermittel für die Stiftung für das sorbische Volk steht.

Gleichzeitig wies Cornelia Behm darauf hin, dass die Kritik des Bundesrechnungshofes am Umgang der Stiftung mit den öffentlichen Geldern endlich vom Stiftungsrat ernst genommen werden muss. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die Stiftung die Sprachförderung nicht an erste Stelle stellt. Auch die Kritik, dass die Stiftung ihre Arbeit nicht evaluiert, keine Verwendungsnachweise für die ausgegebenen Mittel vorweisen kann und den Bestand des Finanzvermögens nicht absichert, muss ernst genommen werden.

"Durch mehr Transparenz bei der Mittelvergabe und der damit erreichten positiven Entwicklung der nationalen Minderheit Sorben/Wenden in Brandenburg und Sachsen wäre es wahrscheinlich nicht zu so einem kritischen Bundesrechnungshof-Bericht gekommen. Ich will hoffen, dass die Stiftung diese Vorwürfe entkräften kann."